

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnenstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Teltower Kreisblatt

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto: Berlin 1519 51.

Fernsprech-Anschluß: Sammel-Nr. B 2 Köhnen 0671.

Nr. 32.

Berlin, Mittwoch, den 7. Februar 1934.

79. Jahrg.

Amtliches.

Provinzialfeuerwehrverband.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über das Feuerlöschwesen vom 15. Dezember 1933 (G.-S. E. 484) habe ich zum Provinzial- und Vorsitzenden des Brandenburgischen Provinzial-Feuerwehrverbandes den Landesbranddirektor ernannt, zu Vorstandsmitgliedern als Vertreter der Feuerzöflichkeit der Provinz Brandenburg den Generaldirektor Mangel in Berlin W 35, als Vertreter der freisprengenden Städte den Oberbürgermeister Schmiedecke in Berlin, als Vertreter der Gemeindefreiheit den Gemeindefreier Richter in Dobberpühl, Kreis Königsberg (P.M.), als Vertreter der Landkreise den Landrat Dr. Conti in Kreisluow.

Charlottenburg, den 19. Januar 1934. Der Oberpräsident.

871. Veröffentlicht. Berlin, den 6. Februar 1934.

Landrat des Kreises Teltow. Roennede.

Ausschreibung.

Für den Neubau eines Dienstwohngebäudes auf dem Grundstück des Stubenrauch-Kreisstranfraßenhauses in Berlin-Tierfelder-Wald, Unter den Eichen 44-46, sollen die Malerarbeiten vergeben werden.

Angebotsunterlagen können in Berlin W 35, Vittoriastraße 17, Zimmer 45 a, werktäglich von 8-3 Uhr, in Empfang genommen werden. Zeichnungen liegen dortselbst zur Einsichtnahme aus.

Die Angebote sind mit der Aufschrift „Angebot auf Malerarbeiten für den Neubau eines Dienstwohngebäudes auf dem Grundstück des Stubenrauch-Kreisstranfraßenhauses in Berlin-Tierfelder-Wald, Unter den Eichen 44-46,“ bis spätestens d. 8. März, 3 Uhr nachm., an den Kreis-Ausschluß des Kreises Teltow - Rechnungsprüfungsamt - Berlin W 35, Vittoriastraße 18, einzureichen.

Berlin, den 6. Februar 1934. Kreis-Ausschluß des Kreises Teltow. Roennede.

Wirtschaftswert des deutschen Volkes 1933/34

Aufstieg an die Kreisbevölkerung.

Mit dem 1. Januar 1934 hat der 2. Abschnitt des Kampfes gegen Hunger und Kälte, zu dem unter Führer und Volksgenossen der Reichsgliederung das gesamte deutsche Volk aufgerufen haben, begonnen.

„Aufwärts aus eigener Kraft!“

Das ist die Parole für diesen Abschnitt des großen Winterhilfswerks für unsere notleidenden Volksgenossen. Zu welchen Leistungen das deutsche Volk fähig ist, wenn es einmütig einem Führer folgt, haben die bisherigen Ergebnisse des Winterhilfswerks 1933/34 gezeigt. Große Opfer sind von allen Bevölkerungsteilen des Kreises Teltow gebracht worden und vielen notleidenden Volksgenossen konnte geholfen werden.

Aber noch liegen die schwersten Wintermonate vor uns. Es gilt auch weiterhin, alle Bedürftigen vor Hunger und Kälte zu schützen.

Von den Unterzeichneten ergeht daher an die Kreisbevölkerung nochmals der Ruf:

„Selbst und gebt für unsere notleidenden Volksgenossen.“

Bekannt Euch zum deutschen Sozialismus der Tat. Das Winterhilfswerk 1933/34 muß das einmütige Bekenntnis des gesamten deutschen Volkes zur Volksgemeinschaft erbringen. Geldspenden können bei der Sparkasse des Kreises Teltow in Berlin W 35, Vittoriastraße 17, bzw. bei ihren Nebenstellen in der Umgebung oder auf das Postcheckkonto der Sparkasse des Kreises Teltow - G Berlin 58 500 - unter der Bezeichnung „Winterhilfswerk Kreis Teltow“ überwiesen werden. Berlin, den 4. Januar 1934.

Der Landrat des Kreises Teltow. Roennede. Der Kreisleiter der NSDAP. Neubold.

Donauamt-Stütze befördert. Die Reichsbahn hat den Stütze des Forst-Donauamts, Leutnant d. R. Habke, zum Reichsbahnrat befördert. Radtke stand bisher als technischer Reichsbahnsekretär im Dienst der Reichsbahndirektion Berlin.

„Deutsche Wochenschau“ verboten. Die Deutsche Wochenschau ist auf Anregung von Dr. Goebbels in Preußen bis zum 17. März d. J. einschließlich verboten worden, weil sie einen Artikel „EW heißt Nationalsozialismus - nichts anderes“ veröffentlicht hat. Dieser Artikel enthält grobe Verunglimpfungen und Verleumdungen der EW und stellt eine Gefahr für den inneren Frieden und die Geschlossenheit der nationalsozialistischen Bewegung dar.

Die im Jahre 1873 gegründete christlich-konserbative Zeitung „Der Reichsbote“ hat jetzt ihr Erscheinen als Tageszeitung eingestellt. Das Blatt wird jedoch unter dem gleichen Namen vom 11. Februar ab als „Deutsches Evangelische Wochenblatt“ fortgeführt.

Nur noch deutsche Reichsangehörigkeit

Die einzelne Staatsangehörigkeit fällt fort - Vierparagraf und freie Wirtschaft

Die Bestellung der Erbgesundheitsrichter.

Der preussische Justizminister und der preussische Minister des Innern haben eine gemeinsame Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes zur Verbitung erbkranken Nachwuchses erlassen, die Vorschriften über die Bestellung der Vorstehenden der Mitglieder der Erbgesundheitsgerichte enthält. Danach wird die Befugnis zur Bestellung der Vorstehenden der Erbgesundheitsgerichte und ihrer Stellvertreter den für die Geschäftsbereitstellung bei den Amtsgerichten, die Befugnis zur Bestellung der den Erbgesundheitsobergerichten angehörenden Mitgliedern der Oberlandesgerichte und ihrer Stellvertreter den für die Geschäftsbereitstellung bei den Oberlandesgerichten zuständigen Stellen übertragen.

Amtlich wird mitgeteilt:

Nachdem die Länder durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches ihre Souveränität verloren haben, war eine Änderung des bisherigen Staatsangehörigkeitsrechts geboten. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat daher auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 eine Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fortküft. Es gibt von jetzt an nur eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts von jetzt an im Namen und Auftrag des Reiches, wobei jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern verliehen werden darf. Die Verordnung, die das Datum vom 5. Februar trägt, trat am 7. Februar 1934 in Kraft.

Arriegergesetzgebung und Wirtschaft.

Der preussische Minister des Innern hat an die nachgeordneten Behörden, Gemeinden und Gemeindeverbände einen Rundschreiben gerichtet, in dem er nachstehendes Schreiben des Reichsministers des Innern an die obersten Reichsbehörden, Reichsstatthalter und Landesregierungen zur Kenntnis bringt und um genaueste Beachtung ersucht. In dem Schreiben des Reichsinnenministers heißt es u. a.:

„Die deutsche Arriegergesetzgebung ist aus völkischen und staatspolitischen Gründen notwendig. Andererseits hat sich die Reichsregierung selbst gewisse Grenzen gesetzt, deren Einhaltung gleichfalls erforderlich ist. Die deutsche Arriegergesetzgebung würde im Inland und Ausland richtiger beurteilt werden, wenn diese Grenzen überall beachtet würden. Insbesondere ist es nicht angebracht, ja sogar bedenklich, wenn die Grundzüge des Paragraphen 3 des Berufsbeamtengesetzes, des sogenannten „Arriegerparagrafen“ (der das Vorbild für zahlreiche andere Gesetze und Verordnungen geworden ist), auf Gebiete ausgedehnt werden, für die sie überhaupt nicht bestimmt sind.“

Abkommen zwischen den Reichsministern Darré und Schmitt.

Die Einordnung der vom Reichsminister des Innern berührten Gruppen der Industrie, des Handels und Handwerks.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft M. Walther Darré und der Reichswirtschaftsminister Schmitt sind über die Einordnung der vom Reichsminister des Innern berührten Gruppen der Industrie, des Handels und Handwerks einig geworden. Es wurde richtunggebend festgelegt, daß die erwähnten Wirtschaftskategorien in sich selbst organisiert werden sollen und für die Fragen der Wirtschaftsregelung vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, im übrigen vom Reichswirtschaftsminister befürwortet werden.

Abnormer Fehlbeträge.

Der Abschluß des Reichshaushaltsjahres 1932.

Mitgeteilt wird, sind am 31. Mai 1933 die Bücher der Reichshaushaltsjahre für das Rechnungsjahr 1932 abgeschlossen worden. Danach war Ende des Rechnungsjahres 1931 beim ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1690 Millionen Mark vorhanden. Im Rechnungsjahr 1932 sind hiervon 420 Millionen abgedeckt worden, so daß für das Rechnungsjahr 1932 ein Fehlbetrag in Höhe von 1270 Millionen Mark übrigblieb.

Im Rechnungsjahr 1932 ist hauptsächlich durch das weitere Absinken der Steuererträge beim ordentlichen Haushalt ein neuer Fehlbetrag von 610 Millionen Mark entstanden. Ein weiterer Einnahmeausfall von 46 Millionen Mark wurde dadurch verursacht, daß aus dem Verkauf der Reichsbahnvorsorgungsaktien infolge 100 Millionen nur 54 Millionen Mark vereinnahmt werden konnten.

Es wird festgestellt, daß unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus den Vorjahren und zwar: aus 1930 mit 350 Mill., aus 1931 mit 920 Mill. und unter Hinzurechnung des für 1932 neu entstandenen Fehlbetrages von 610 Mill. Mark sich am Ende des Rechnungsjahres 1932 ein Gesamtfehlbetrag von 1880 Millionen Mark ergab. Der Fehlbetrag ist also im Rechnungsjahr 1932 um 190 Millionen Mark gestiegen.

Das neue studentische Verfassungswerk.

Die Verfindung der studentischen Verfassung, die am Mittwoch mittag in der Berliner Philharmonie erfolgte, gestaltete sich zu einer äußerst würdevollen Feier. Die Verfassung war mit einer Umgebung des nationalsozialistischen deutschen Studententums und der Deutschen Studentenschaft verbunden. Die Studenten marschierten mit ihren Fahnen und sämtlichen Verbänden auf. Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hielt bei dem Fest in der Philharmonie eine große Rede, in der er die Bedeutung der neuen studentischen Verfassung würdigte.

Die Verfassung der Reichsenschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen.

bestimmt u. a.: Die Deutsche Studentenschaft und die Deutsche Fachschulenschaft bilden zusammen die Reichsenschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen.

Der Reichsenschaftsführer wird vom Reichsminister des Innern ernannt. Die Reichsenschaft verbindet die Deutsche Studentenschaft und die Deutsche Fachschulenschaft zur Zusammenarbeit in den gemeinsamen Aufgaben. Die Formen der Zusammenarbeit bestimmt der Reichsenschaftsführer. Der Reichsenschaftsführer der Deutschen Studentenschaft und der Deutschen Fachschulenschaft stehen ihm für seine Aufgaben zur Verfügung. Er kann ihnen besondere Aufträge erteilen.

Der Reichsenschaftsführer hat das Recht, an allen Veranstaltungen der Deutschen Studentenschaft und der Deutschen Fachschulenschaften teilzunehmen; er ist zu ihnen einzuladen.

Die Verfassung der Deutschen Studentenschaft

In der auf Veranlassung des Führers und Reichsministers Adolf Hitler festgelegten Verfassung der Deutschen Studentenschaft, die Dr. Frick verkündete, wird u. a. im einzelnen bestimmt:

Die Deutsche Studentenschaft ist der Zusammenschluß der deutschen Studentenschaften an den Hochschulen des geschlossenen deutschen Sprachgebietes. Studentenschaften sind die nach dem Reichsgesetz vom 22. April 1933 gebildeten oder ihnen entsprechende Zusammenschlüsse von Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache.

Deutsche Studenten, die nicht Reichsdeutsche sind, übernehmen während ihres Aufenthaltes an einer reichsdeutschen Hochschule durch die Zugehörigkeit zur Deutschen Studentenschaft keine Pflichten, die den Gesetzen ihres Staates widersprechen. Sie bilden eine besondere Gruppe in der Deutschen Studentenschaft. Die Deutsche Studentenschaft bildet mit der Deutschen Fachschulenschaft zusammen die Reichsenschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen. Die Reichsenschaft verbindet die Deutsche Studentenschaft und die Deutsche Fachschulenschaft zur Zusammenarbeit in den gemeinsamen Aufgaben.

Die Aufgabe der Deutschen Studentenschaft.

Die Deutsche Studentenschaft ist die Vertretung der Gesamtheit der Studenten. Sie steht dafür ein, daß die Studenten ihre Pflichten in Hochschule, Volk und Staat erfüllen. Vor allem hat sie die Studenten durch die Verpfichtung zum EW-Dienst und Arbeitsdienst und durch politische Schulung zu erheben und wehrhaften deutschen Männern und zum verantwortungsbereiten selbstlosen Dienst in Volk und Staat zu erziehen. Durch lebendige Mitarbeit an den Aufgaben der Hochschule sichert sie die unerschütterliche Verbundenheit von Volk und Hochschule.







Paris in Marmzustand

Polizei, Mobilgarde und Garnison in Bereitschaft — Maschinengewehre schützen die öffentlichen Gebäude

Der Dienstag, an dem sich das Kabinett Daladier der Kammer stellte, war für Frankreich ein Entscheidungstag, weniger allerdings in der Frage, ob das Kabinett Daladier im französischen Parlament siegen werde, als in der Frage der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der französischen Hauptstadt.

Das Straßensbild von Paris hatte am Dienstag einen militärischen Charakter. Man hatte in den Straßen Maschinengewehrzüge beobachtet, und öffentliche Gebäude, und die Ministerien waren durch Maschinengewehre gesichert.

Der französische Ministerpräsident Daladier hatte am Dienstagmorgen einen

Aufruf an die Bevölkerung. In dem er zur Ruhe aufforderte. Ferner wandte er sich im Aufruf gegen die agitatorischen Gerüchte, daß Massenbewegungen und Materialüberhebungen stattfinden würden.

In einem Ministerrat wurde dann am Dienstagmorgen

die Regierungserklärung gebilligt. Sie ist sehr kurz gehalten. In ihr gibt die Regierung ihren Willen kund, die Schieberangelegenheiten stabilisiert aufzubehalten, und sie schlägt deshalb die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vor.

Gefährliche Personen dürfen in Haft genommen werden, die Mobilgarde mobilisiert werden. Die geplanten Verhaftungsmaßnahmen werden später durchgeführt.

Stürmische Kammer Sitzung.

Die Vorstellung der französischen Regierung in der Kammer am Dienstagmorgen vollzog sich in einer Sitzung im großen Saal. Als die Regierung in der Sitzungssaal trat, wurde sie von den Rechten mit wüsten Zwischenrufen empfangen, während die Linke stillschweigend die Ministerpräsidenten Daladier bestieg.

In der Regierungserklärung.

Ministerpräsident Daladier vor der Kammer abgelesen wurde u. a. gesagt: Seit einem Monat hat der Staat, der aus einigen individuellen Schwächen entstanden ist, die Arbeit der Kammer geklärt, die Parteien vereinbar gemacht, das Land demokratisiert und den Regieren der Regierung Gelegenheit gegeben, Angriffe über anzunehmen, die die Würde der Republik in der Vergangenheit zunichte machten.

Wir kommen aus dieser Atmosphäre, in der man nicht atmen kann, nur heraus, wenn wir mit Mut und Energie volle Klarheit schaffen.

Regierung, die vor Ihnen steht, hat ihre Aufgabe erfüllt begonnen. Abgegeben von den Rechten, die für Verurteilungsausschuss aufgeben wird und die reflexlos handeln müssen, hat sie in gewissen öffentlichen Umstellungen eine Vordering der Wachsamkeit und ein Bewusstsein des Verantwortungsbegriffs festgestellt, die eine Erneuerung der Beamtenschaft

der Methoden erforderlich machen. Während der Untersuchungsausschuss für die Herstellung der ganzen Wahrheit Sorge tragen wird, muß in Parlamenten die gegebene Arbeit wieder aufgenommen werden, die durch die Parteileidenenschaften gehindert wurde.

Unsere Sanftmütigkeit muß durch eine wirklichen, nahe Politik verbessert werden, die auf Kompensationen und Gegenleistungen beruht. Man wird aber auf die Grundlagen unseres alten Steuersystems zurückgreifen und die älteren und komplizierteren Verwaltungsmethoden durch einfachere und moderneren Mechanismus ersetzen müssen.

Gegenüber dem unruhigen und zweispaltigen Europa schließt man auf neue den Friedens- und Sicherheitswillen Frankreichs.

Die gesamte Politik sich in zwei Begriffe zusammenfassen läßt: internationale Zusammenarbeit und nationale Verteidigung.

Treue gegenüber dem Völkerverbund und unseren erprobten Freundschaften.

In dem Bewußtsein, daß Frankreich einen allzu deutlichen Beweis seines Friedensbestrebens geliefert hat, als daß es etwas von dem klaren Urteil der Völker zu fürchten hätte, werden wir weder aus Blindheit noch aus Schwäche die Verantwortung dafür übernehmen, unser Land zusammen mit ganz Europa in neue Katastrophen gleiten zu lassen.

Als Daladier geendet hatte, klaffte die Linke weifall, während die Rechte mit mißbilligenden Zwischenrufen antwortete.

Vertrauenserklärung für Daladier.

Die von Ministerpräsident Daladier gestellte Vertrauensfrage wegen der Vertagung aller Anfragen außer denen von Dommange, Ubarregarran, Franklin-Bouillon und der Kommunistengruppe wurde von der Kammer mit 300 gegen 217 Stimmen angenommen.

Nochmalige Vertrauenserklärung.

Obwohl sich eine starke Mehrheit der Kammer für die Behandlung von nur vier vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Interpellationen ausgesprochen hatte, verlangte der Abgeordnete Genet Sätze unter Ausnutzung aller Anträge der Rechten sowie eine namentliche Abstimmung über jeden einzelnen Antrag.

15 Tote bei der Straßenschlacht.

Wie vorausgesehen war, haben die Straßennunruhen während der Kammer Sitzung einen besonders schweren Charakter angenommen. Nach Geschäfts- und Fabrikschluß strömten unübersehbare Massen vor dem Parlamentshaus auf dem Concordeplatz zusammen.

Sowohl auf Seiten der Demonstranten wie der Polizisten gab es zahlreiche Verletzte.

Mehrere Mitglieder der republikanischen Garde wurden mit schweren Kopfwunden, herborgerufen durch Hieb- oder Stichwaffen, zu den Verbandstischen gebracht. Auch mehrere Pferde wurden verletzt. Die berittene Garde ging mehrmals mit blanker Waffe gegen die Demonstranten, die der Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer angehören, Paritäten aus Säulen und Gittern.

Schließlich ardeten die Trümmer in ein wahres Feuer, wobei mehrere hundert Schüsse abgegeben wurden.

Abgeordnete und Fußgänger flüchteten hinter die großen eisernen Gitter des Kammergebäudes, die sofort geschlossen wurden. Viele Neugierige flüchteten in das Außenministerium. Die ganze Gegend um das Kammergebäude gleich einem Schlachtfeld. Die Demonstranten gingen mit Rastern, Steinen und Knütteln auf die Polizei los.

Bereiteter Attentatsplan?

In der Umgebung der Kammer wurde ein spanischer Anarchist verhaftet, der einen Dolch bei sich führte und erklärte, von Anarchisten ausgesucht worden zu sein, um eine von ihnen nicht näher bezeichnete politische Persönlichkeit zu ermorden.

Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Schlüssel für eine Abrüstungsvereinbarung. London. Im englischen Unterhaus begann Dienstag die mit großer Spannung erwartete Aussprache über die Abrüstungsfrage. Das Unterhaus war bis auf den letzten Platz gefüllt und in der Diplomatenloge drängten sich die Vertreter der auswärtigen Missionen.

Der inzwischen stattgefundenen vertraulichen zweiseitigen Meinungsaustausch sei zweideutig gewesen, aber es ersehe die englischen Regierung, als ob diese Methode Gefahr laufe, nutzlos zu werden.

genügend große Annäherung an eine gemeinsame Grundlage stattgefunden, weshalb die englische Regierung sich erneut um eine Verständigung bemüht habe. Dies sei der Grund der Veröffentlichung des britischen Weißbuchs. Der Schlüssel für eine Abrüstungsvereinbarung liege, wie die letzten Erörterungen eindeutig gezeigt hätten, in einer Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich.

Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung der Rüstungen könne und dürfe man sich nicht widersehen.

weil wenig Wahrscheinlichkeit auf Frieden in der Welt besteht, wenn man versucht, ein großes Land und eine große Rasse unter eine minderwertige Jurisdiktion zu setzen. Diese Frage, so fuhr Simon fort, müsse in dem neuen Abkommen enthalten sein. Deswegen könne keine Lösung gefunden werden auf einer Grundlage, wonach alle Nationen in der ganzen Welt sofort alle die Waffen aufgeben, die Deutschland unter dem Vertrag von Versailles vorenthalten seien.

Nachdem Sir John Simon noch darauf hingewiesen hatte, daß ein sehr wirksamer Richtungsgriff sich zwischen Deutschland und Polen aufgefunden worden sei, schloß er seine Rede, indem er betonte, daß es die Pflicht Großbritanniens sei, in der Behandlung des Abrüstungsproblems eine Führung zu geben.



Oberst Beck.

Polens Außenminister, sprach sich in einer bedeutsamen Rede sehr anerkennend über die Verständigungspolitik des Reichsanzalters Adolf Hitler aus und unterstrich die Bedeutung des deutsch-polnischen Vertrages, den er „ein neues Dokument des Friedens“ nannte.

Kurt Graebe, ein deutscher Kämpfer.

In der Reihe der in völkischen Kampfen stehenden Politiker ist der deutsche Abgeordnete des polnischen Sejm, Oberleutnant z. D. Kurt Graebe, immer wieder als Vertreter der Interessen seiner Volksgenossen und darüber hinaus als Sachbearbeiter wichtiger Probleme der Nationalitätenpolitik herorgetreten.

Wetterleuchten im Fernen Osten.

Englische und französische Kriegsschiffe vor Java. — Russische Kriegsschiffe.

Nach den außenpolitischen Reden auf der Moskauer Tagung der kommunistischen Partei, die zeigen, mit welcher Sorge Sowjetrußland der Entwicklung im Fernen Osten entgegensteht und wie stark es mit dem Ausbruch eines Krieges rechnet, ist das Interesse an den Ereignissen im Stillen Ozean auch in Europa bedeutend reger geworden. Vor Java sind jetzt drei britische Kreuzer, Suffol, das Kriegsschiff „Gallmouth“ sowie das japanische Flugzeugträger „Ari-ma“ angekommen und der Kreuzer „Dumont d'Urville“ angekündigt.

Man glaubt, daß es sich um Vorbesprechungen für ein geschlossenes Zusammengehen im Fernen Osten handelt.

Auch eine Moskauer Meldung verdient in diesem Zusammenhang besondere Interesse. Der sowjetische Volkskommissar für Meer und Marine, Woroschilow, hat kürzlich über die ausgedehnten Vorbereitungen Sowjetrußlands für den möglichen Konflikt im Fernen Osten gesprochen. Ein jetzt von Stalin unterzeichnetes Dekret zeigt, daß man auch auf bevölkerungspolitischen Gebiet die Stellung Sowjetrußlands an seiner Dignität unter allen Umständen befestigen will. In diesem Dekret werden nämlich für das Gebiet

